

Inhaltsübersicht

Musterverzeichnis	39
Literaturverzeichnis	43
 1. Teil: Das verwaltungsrechtliche Fahrerlaubnisverfahren: Fahrerlaubnis, Erteilung, Entzug, Wiedererteilung	 55
§ 1 Das verkehrsrechtliche Mandat – Beratung und Vertretung	55
§ 2 Rechtliche Grundlagen der Fahrerlaubnis	77
§ 3 Der (Erst-)Erwerb der Fahrerlaubnis	85
§ 4 Die im EU/EWR-Ausland erworbene Fahrerlaubnis	109
§ 5 „Eignung“, „bedingte Eignung“, „Ungeeignetheit“, „Befähigung“	117
§ 6 Das „Punktsystem“, Fahreignungsregister und sonstige Register	143
§ 7 Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde ohne/mit Entzug der Fahrerlaubnis	187
§ 8 Begutachtung für Fahreignung (BfF) – Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU)	217
§ 9 Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	253
§ 10 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	291
§ 11 Beteiligung von Rechtsschutz beim Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen	313
§ 12 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe	331
 2. Teil: Beratung und Vertretung bei Führerscheinmaßnahmen im Straf- und OWi-Verfahren	 349
§ 13 Die richtige Verteidigungsstrategie	349
§ 14 Entzug der Fahrerlaubnis im Strafverfahren	397
§ 15 Das Fahrverbot	423
§ 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren bei Entzug der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	449
§ 17 Entschädigung im strafgerichtlichen Fahrerlaubnisverfahren	473
§ 18 Kosten und Anwaltsvergütung im Straf- und OWi-Verfahren einschließlich Beratungs- und Prozesskostenhilfe sowie Vergütungsvereinbarung ..	477
§ 19 Die Beteiligung von Rechtsschutz	511
 3. Teil: Medizinisch-Psychologische Aspekte der Eignung	 549
§ 20 Die Medizinisch-Psychologische Untersuchung	549

Anhang 615

Stichwortverzeichnis 889

Inhaltsverzeichnis

Musterverzeichnis	39
Literaturverzeichnis	43
1. Teil: Das verwaltungsrechtliche Fahrerlaubnisverfahren: Fahrerlaubnis, Erteilung, Entzug, Wiedererteilung	55
§ 1 Das verkehrsrechtliche Mandat – Beratung und Vertretung ...	55
A. Bedeutung der Fahrerlaubnis für den Mandanten	55
B. Mandatsannahme	56
I. Vorbereitung	56
II. Konkrete Annahme	58
III. Informationspflicht und Belehrungsanschriften für den Mandanten ..	59
C. Checkliste: Beratung und Interessenvertretung	61
D. Interessenvertretung, richtige Strategie sowie Informations- und Wissens- beschaffung	65
I. Ausgangslage	65
II. Beratungsziele und strategische Überlegungen	66
1. Effiziente und konkrete Beratung	66
2. Ziel: Erhaltung und/oder (Wieder-)Erteilung der Fahrerlaubnis ..	66
3. Chancen zur Vermeidung eines Fahrverbots	67
4. Verkehrsrecht und Datenschutz	67
III. Notwendige Information an den Mandanten – Mustertexte	67
1. Hinweis auf drohende Maßnahmen bei hohem Punktestand	67
2. Information zu anfallenden Kosten	68
3. Information über mögliche Begutachtung für Fahreignung	68
4. Information bei Führerscheinmaßnahmen – speziell: älterer Kraftfahrer	69
IV. Verteidigungsgrundlagen	70
1. Möglichkeit der „Verständigung über den Fortgang und das Er- gebnis im Verfahren“	70
2. Akteneinsicht	71
3. Kenntnis der Gesetzeslage und der Rechtsprechung	71
4. Information zu Rechtsfragen	73
5. Mögliche externe Unterstützung	74
§ 2 Rechtliche Grundlagen der Fahrerlaubnis	77
A. Rechtliche Grundlagen	77

B. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	77
I. Europäische Richtlinien	77
1. Allgemeines	77
2. Die erlassenen Richtlinien	77
II. Regelungen im StVG	79
III. Fahrerlaubnisverordnung (FeV) und Anlagen	80
1. Regelungsübersicht der FeV	80
2. Anlagen zur FeV	80
C. Fahrlehrer- und Kraftfahrtsachverständigesgesetz	82
I. Fahrlehrergesetz	82
II. Das Kraftfahrtsachverständigesgesetz	82
 § 3 Der (Erst-)Erwerb der Fahrerlaubnis	 85
A. Voraussetzungen für die Verkehrsteilnahme	85
I. Der Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	85
1. Allgemeine Erlaubnisfreiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	85
2. Mögliche Einschränkungen	85
II. Zur Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	86
1. Ausnahmen vom Erfordernis der Kraftfahrerlaubnis	87
2. Die Fahrerlaubnis und ihre Einteilung in bestimmte Klassen	88
3. Fortgeltung der „Fahrerlaubnisse alten Rechts“ (Besitzstände) ...	88
III. Ausgewählte Fragen zur Erteilung der Fahrerlaubnis	89
1. Inlandswohnsitz	89
2. Mindestalter und „begleitetes Fahren“	90
3. Erteilung Fahrerlaubnis vor Vollendung des 18./21. Lebensjahres bei Berufsausbildung	91
IV. Die Erteilung der Fahrerlaubnis	92
1. Formalien	92
2. Kein Bestandsschutz bei Neuerteilung	92
3. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	92
4. Eignung, Befähigung und Beweislast	93
B. Die Einteilung der Fahrerlaubnisklassen	93
I. Regelungen zur Einteilung der Fahrerlaubnisklassen	93
II. Überblick: Die alten und die neuen Fahrerlaubnisklassen	93
1. Übersicht 1: Die aktuellen Fahrerlaubnisklassen des § 6 Abs. 1 FeV	93
2. Übersicht 2: Der Geltungsbereich der alten Fahrerlaubnisklassen nach Anlage 3 zur FeV	96
a) Fahrerlaubnisse und Führerscheine nach den Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland	96
aa) Fahrerlaubnisse bis zum Erteilungsdatum 31.12.1998	96

bb) Fahrerlaubnisse vom Erteilungsdatum 1.1.1999 bis zum Erteilungsdatum 18.1.2013	98
b) Fahrerlaubnisse und Führerscheine nach den Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik (auf der Basis der Verkehrsblattverlautbarung vom 27. Juni 1994)	98
aa) Vor dem 3. Oktober 1990 ausgestellte Führerscheine	98
bb) Vor dem 1. Juni 1982 ausgestellte Führerscheine	100
cc) Vor dem 1. April 1957 ausgestellte Führerscheine	101
dd) Vor dem 1. Juni 1982 ausgestellte Fahrerlaubnisscheine ..	101
C. Regelungen zu den einzelnen Fahrerlaubnisklassen	101
I. Allgemeines	101
1. Erläuterungen zu den einzelnen Klassen der Fahrerlaubnis	101
2. Einschlussregelung für „niedrigere“ Klasse	101
II. Fahrerlaubnis zur Personenbeförderung	102
III. Dienstfahrerlaubnis	102
1. Spezielle Zuständigkeiten	102
2. Sonderklassen für die Bundeswehr	102
3. Geltung der Dienstfahrerlaubnis	102
IV. Verlängerung einer Fahrerlaubnis für die Lkw-Klassen	103
V. Sonderregelung für Hilfsdienste	103
D. Fahrerlaubnis auf Probe, Stufenfahrerlaubnis, Befristung und Einschränkung	103
I. Fahrerlaubnis auf Probe	103
II. Stufenfahrerlaubnis	104
1. Fahrerlaubnis der Klasse A (Motorräder)	105
2. Fahrerlaubnis der Klasse AM	105
3. Fahrerlaubnis der Klasse T (land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen)	105
III. Unbefristete und befristete Fahrerlaubnisse	105
1. Die Fristberechnung	106
2. Der Führerschein	106
IV. Einschränkungen der Fahrerlaubnis	106
E. Ersatzführerschein, internationaler Führerschein	107
I. Ersatzführerschein	107
1. Erweiterung, Verlängerung einer Fahrerlaubnis oder Änderung ..	107
2. Abhandenkommen oder Vernichten	107
II. Internationaler Führerschein	108
§ 4 Die im EU/EWR-Ausland erworbene Fahrerlaubnis	109
A. Europarechtliche Regelungen	109
B. Sonderbestimmungen für Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse	109
C. Die Europäische Fahrerlaubnis	110

§ 5 „Eignung“, „bedingte Eignung“, „Ungeeignetheit“, „Befähigung“	117
A. „Eignung“ als Voraussetzung für die Erteilung der Fahrerlaubnis	117
B. Die „Eignung“	117
I. Der Begriff „Eignung“	117
II. Die „bedingte Eignung“	121
III. „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ im Strafrecht	123
1. Unterschiedliche Begriffsdefinition	123
2. Bedingte Eignung im Strafrecht	123
IV. Regelungen zur „Eignung“ gemäß FeV	124
1. Einfluss auf die Eignung	124
2. Weitere Konkretisierungen	124
a) Sehvermögen	124
b) Körperliche und geistige Eignung	125
c) Die charakterliche Eignung	125
V. Die Begriffe BfF und MPU	125
VI. Aspekte der Eignungsbewertung	126
1. Allgemeines	126
2. Anordnung einer MPU	127
3. Besonderheiten bei bedingter Eignung	129
4. Die „Eignungsbewertung“ im Strafverfahren	129
C. Der Begriff „Ungeeignetheit“	130
D. Speziell: Eignungszweifel bei Alkoholproblematik	131
I. Allgemeines	131
II. Alkoholbedingte Verkehrsauffälligkeit	132
III. Die Möglichkeit der Wiederherstellung der Eignung	133
1. Abhängigkeit	133
2. Die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Eignung im Einzelnen	133
3. Missbrauch	134
4. Nachweis	134
E. Speziell: Eignungszweifel bei Drogenproblematik	134
I. Die Regelung	134
II. Wachsende Drogenproblematik	134
III. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	136
1. Das Erkennen von Medikamenten- und Drogeneinfluss	136
2. Mögliche Maßnahmen der Polizei	136
IV. Die Eignungsprüfung	136
1. Cannabis-Konsum	136
2. Die Einnahme harter Drogen	136
V. Wiederherstellung der Eignung nach Drogenkonsum	137
1. Einmaliger Konsum	137

2. Ausräumen der Abhängigkeit	137
3. Fahreignung bei Einnahme von Drogen	137
F. Die „Befähigung“	138
I. Der Begriff „Befähigung“	138
II. Der Nachweis der Befähigung	138
III. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	138
G. Obergutachten im Fahrerlaubnisrecht	139

§ 6 Das „Punktsystem“, Fahreignungsregister und sonstige Register

143

A. Verkehrszentralregister/Fahreignungsregister – Grundlagen und Zweckbestimmung	143
I. Verkehrszentralregister nach bisherigem Recht	144
1. Eintragungsanlass	145
2. Mitteilung von Entscheidungen an das Kraftfahrtbundesamt	147
3. Berücksichtigung von Eintragungen im BZR	147
4. Fristbeginn	147
II. Punktevergabe nach altem Recht	147
III. Tateinheit und Tatmehrheit	148
IV. Punkteabbau nach altem Recht	149
V. Punktelöschung bei Entziehung der Fahrerlaubnis nach altem Recht	150
VI. Tilgungsfristen	151
1. Fristgebundene Tilgung	151
a) Generelle Tilgungsfristen	151
b) Beginn der Tilgungsfrist	152
c) Tilgungsfristen bei Entscheidungen wegen Straftaten	152
d) Spezielle Rechtslage bei einzutragenden Ordnungswidrigkeiten	152
e) Abweichungen von den allgemeinen Tilgungsfristen	153
f) Ausschluss der Tilgung	153
2. Tilgungshemmung und Fristbeginn	154
3. Die Regelung in § 29 Abs. 6 und 7 StVG a.F.	155
VII. Tilgungsreife	156
VIII. Überliegefrist	158
IX. Maßnahmen nach altem Recht	159
B. Bindungswirkung	160
I. Unterscheidung zwischen Entziehungsverfahren und Neuerteilungsverfahren	161
1. Einstellung durch Strafverfolgungsbehörde	161
2. Strafgerichtliche Urteile	161
a) Grundsatz Bindungswirkung	161
b) Konkreter Zusammenhang mit Sicherheitsbelangen	162

c) Bindungswirkung für das gesamte Entziehungsverfahren	162
d) Bindungswirkung nur bei konkreten Feststellungen im Urteil	163
II. Ausnahme „Besondere Umstände“	164
C. Verwertung von Eintragungen und Maßnahmen nach dem Punktsystem bzw. Fahreignungsregister	164
I. Zeitliche Begrenzung	164
II. Verwertungsverbot	164
III. Besonderheiten nach BZRG	165
IV. Maßnahmen nach dem Punktsystem	165
V. Der Auskunftsanspruch	165
VI. Information über Punktestand/KBA	166
D. Fahreignungsregister seit dem 1.5.2014	168
I. Überblick	168
1. Allgemeines	168
2. Änderungsvorhaben	169
3. Adressaten	170
II. Differenzierung der Verstöße	172
III. Maßnahmenstufen nach § 4 Abs. 4, 5 StVG	174
IV. Überführungsfragen	176
1. Überführung nach § 65 StVG	176
2. Überführung der alten Punkteabzüge und Aufbau Seminare nach § 65 Abs. 3 Nr. 5 StVG	177
3. Überleitung von Verstößen, die nicht punktebewehrt sind	177
4. Verstöße vor dem 1.5.2014, eingetragen bis zum 30.4.2014 im VZR	178
5. Verstöße vor dem 1.5.2014, eingetragen nach dem 1.5.2014 im FaER	178
V. Offene Fragen	180
E. Sonstige Register	182
I. Fahrerlaubnisregister	182
II. Zentrales Militärfahrerlaubnisregister	185
III. Fahrzeugregister	185
IV. Bundeszentralregister und Verkehrsrecht	186
 § 7 Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde ohne/mit Entzug der Fahrerlaubnis	 187
A. Mögliche Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde	187
B. Anordnung Verkehrsunterricht	187
I. Rechtliche Grundlage	187
II. Anordnung zur Teilnahme am Verkehrsunterricht	187
C. Fahrtenbuchauflage	188
I. Rechtsgrundlage	188

1. Die Fahrtenbuchauflage als Sanktionsmittel	188
2. Voraussetzungen für die Anordnung	189
3. Fahrtenbuchauflage für Ersatzfahrzeug	189
II. Fragen der Rechtmäßigkeit	190
III. Ermittlung des Fahrers und Fragen des Zeugnisverweigerungsrechtes	191
IV. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	192
V. Zuständigkeit	193
VI. Die Pflicht zur Führung des Fahrtenbuches	193
VII. Effektiver Rechtsschutz gegen Auferlegung eines Fahrtenbuchs	194
D. Einschränkungen oder Auflagen zur Fahrerlaubnis	194
I. Rechtsgrundlagen	194
II. Beschränkungen und Auflagen	195
III. Rechtmäßigkeit	196
E. Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	196
I. Rechtsgrundlagen	196
II. Voraussetzungen für Maßnahmen	197
III. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	198
1. Die Ermächtigungsgrundlage	198
2. Die Einstufung der Tatbestände im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (Anlage 12 zur FeV)	198
3. Schematische Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	200
IV. Die in Betracht kommenden Maßnahmen im Einzelnen	201
1. Anordnung der Teilnahme an Aufbauseminar	201
2. Arten des Aufbauseminars	202
a) „Gewöhnliches“ Aufbauseminar (§ 35 FeV)	202
b) Besonderes Aufbauseminar (§ 36 FeV)	203
c) Einzelseminar	204
d) Teilnahmebescheinigung	204
3. Verwarnung unter Hinweis auf verkehrspsychologische Beratung	204
a) Berater	205
b) Durchführung der Beratung	205
c) Teilnahmebescheinigung	205
4. Entziehung der Fahrerlaubnis	206
5. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	206
6. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	206
F. Maßnahmen nach Punktesystem	206
G. Der Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkohol- und/oder Drogenproblematik sowie aus sonstigen Gründen der Ungeeignetheit	207
I. Allgemeine Voraussetzungen der Entziehung	207
1. Die Voraussetzungen der Entziehung im Verwaltungsverfahren ..	207

2. Befugnis zur Information der Polizei	207
II. Entzug der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	207
III. Entzug der Fahrerlaubnis bei Weigerung, ein Gutachten beizubringen	208
IV. Der Vorrang des Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegenüber dem Verwaltungsverfahren	208
1. Bei anhängigem Straf- und Bußgeldverfahren	208
2. Bedeutung der Entscheidungen im Straf- und OWi-Verfahren	209
3. Beachtung der Sperrfrist	210
4. Beachtlichkeit von Bußgeldentscheidungen	210
V. Besonderheiten bei einer ausländischen Fahrerlaubnis	210
VI. Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkohol- und/oder Drogenproblematik	211
1. Allgemeines	211
2. Entzug der Fahrerlaubnis bei Alkoholproblematik	212
3. Information an Mandanten über die Teilnahme an einem Aufbau-seminar nach früherer Trunkenheitsfahrt	213
4. Entzug der Fahrerlaubnis bei Drogenproblematik	213
5. Untersagung des Führens von Fahrrädern im Straßenverkehr	215
VII. Ungeeignetheit bei Altersabbau	215
VIII. Ungeeignetheit infolge Krankheit oder sonstiger körperlicher Mängel	216
H. Entziehung einer EU-Fahrerlaubnis	216

§ 8 Begutachtung für Fahreignung (BfF) – Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU)	217
A. Gesetzliche Grundlagen und Begriffe	217
I. Allgemeines	217
II. Begriffe „BfF“ und „MPU“	217
B. Statistisches zu den Medizinisch-Psychologischen Untersuchungen	218
C. Die Begutachtungsstellen	218
I. Amtlich anerkannte Begutachtungsstellen für Fahreignung	218
II. Mögliche Arten von Gutachtern	219
1. Facharzt	220
2. Amtsarzt	220
3. Sachverständiger oder Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr	220
4. Obergutachter	220
D. Die Anordnung der Begutachtung und ihre Anlässe	221
I. Allgemeines	221
II. Die Festlegung der Fragestellung	221
III. Die einzelnen Begutachtungsanlässe nach FeV	222
1. Allgemeines	222
2. Übersicht (in %) zu den einzelnen Begutachtungsanlässen	224

IV. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung	224
1. Mögliche Musterschriftsätze in der Praxis	224
2. Musterschriftsatz an Verwaltungsbehörde wegen Begutachtung der Fahreignung	225
3. Musterschriftsatz/Mandanteninformation zur Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens (Gutachten einer Begutachtungsstelle für Fahreignung)	226
E. Vorbereitung auf die Begutachtung	227
I. Frühzeitige Darstellung der Problematik	227
1. Das Mandantengespräch	227
a) Konfrontation mit den Folgen des Verlustes der Fahrerlaubnis	227
b) Die notwendige Beratung zur Problematik	228
2. Information und Belehrung für Betroffene	228
3. Die Nutzung der Zeit ab (drohender) Entziehung der Fahrerlaubnis	230
II. Wege zur Vorbereitung auf Begutachtung	230
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	230
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die MPU	231
a) Medizinische Fragen zu Eignungsmängeln aufgrund Erkrankung sowie vorbereitende ärztliche Untersuchung	231
b) Beratung durch Psychologen	232
c) Spezielle Vorbereitungskurse	232
3. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	232
a) Vor der MPU	232
b) Das richtige Verhalten während der Begutachtung	233
4. Information über den Ablauf der Begutachtung	233
a) Allgemeines	233
b) Die medizinische Untersuchung	234
c) Untersuchung durch den Psychologen	234
d) Leistungstests, Gerätetests	235
e) Prüfung des theoretischen Verkehrswissens	235
5. Beratung nach für den Mandanten negativem Ergebnis einer Begutachtung	235
a) (Keine) Weitergabe des Gutachtens an die Fahrerlaubnisbehörde	235
b) Folgerungen aus für den Mandanten negativem Gutachten	236
F. Bestimmung der Begutachtungsart bzw. des Gutachters	236
G. Die Rechtsbeziehungen zwischen Betroffenen und Begutachtungsstelle	237
I. Rechtsverhältnis zwischen Betroffenen und Begutachtungsstelle	237
1. Das Rechtsverhältnis	237

2. Rechtliche Stellung der Begutachtungsstelle	238
II. Beistand	239
1. Vertretung und Beistand im behördlichen Verfahren	239
2. Vertretung und Beistand im gerichtlichen Verfahren	239
III. Übersenden der Akte an die Untersuchungsstelle	239
IV. Das Recht auf Akteneinsicht	240
V. Festlegung der Fragestellung	240
H. Anforderungen an Gutachten und Begutachtung	241
I. Untersuchungsumfang	241
II. Untersuchungsverfahren	241
1. Testverfahren	241
2. Persönlichkeitsfragebogen	242
3. Computergesteuerte Testdiagnostik	242
4. Leistungstests	242
5. Würdigung der Persönlichkeit	243
III. Sonstige Aspekte zum Inhalt des Gutachtens	243
1. Nachprüfbarkeit	243
2. Vollständigkeit	243
3. Befunderhebung	244
4. Rückfallwahrscheinlichkeit	244
I. Möglichkeit eines Gutachtens auf „privatem Weg“	244
I. Beachtung des notwendigen Inhaltes der Begutachtung	244
II. Möglichkeit eines privaten Eignungsgutachtens?	244
J. Auswertung des Gutachtens	245
I. Notwendiger Inhalt und notwendige Aussagen des Gutachtens	245
II. Mögliche Mängel in Fahreignungsgutachten aus psychologischer und verkehrsmedizinischer Sicht	247
III. Die unterschiedliche Betrachtung durch Juristen und Psychologen ..	249
1. Verständigungsschwierigkeiten zwischen Juristen und Psycho- logen	249
2. Überlegungen für eine Lösung	249
IV. Das Gutachten mit einem für den Mandanten negativen Ergebnis ...	250
V. Mögliches Obergutachten	251
K. Rechtspolitische Perspektiven	251
§ 9 Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	253
A. Der Weg zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	253
I. Die unterschiedlichen Ausgangssituationen	253
II. Die unterschiedlichen Fallgestaltungen	253
1. Entziehung aufgrund Punktesystem	253
2. Entziehung bei Fahrerlaubnis auf Probe	253
3. Wiedererteilung nach Entziehung bei Alkoholproblematik	254

4. Wiedererteilung nach Entzug aufgrund Drogenproblematik	254
5. Wiedererteilung bei Fahrerlaubnis auf Probe	255
6. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung aufgrund sonstiger Sachverhalte	255
7. Wiedererteilung nach Entzug wegen einer allgemeinen Straftat ..	256
III. Speziell: Widerruf der Fahrerlaubnis für Fahrschulinhaber	256
IV. Musterschriftsatz	256
B. Die Voraussetzungen der „Eignung“ oder der nicht gegebenen „Ungeeignetheit“	257
I. Allgemeines	257
II. Das gebotene richtige Vorgehen zur Klärung der Eignung und Aus- räumung der „Ungeeignetheit“	258
C. Die Wiederherstellung der Eignung nach Entziehung bei Alkoholproblema- tik	258
I. Merkmale und Ursachen der Ungeeignetheit	258
1. Merkmale für die Ungeeignetheit aus Tat und Tathergang	258
2. Subjektive Merkmale als Symptome der Ungeeignetheit	258
3. Ursachen der Ungeeignetheit	259
II. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	259
1. Konkrete Veränderungen der Lebenssituation und Lebensfüh- rung	259
2. Alkohol und Trinkgewohnheiten	261
3. Persönlichkeitsimmanente Veränderungen	262
III. Prognose zur (Wiederherstellung der) Eignung oder der vorhande- nen Ungeeignetheit	263
IV. Beurteilung der „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ gemäß FeV und Begutachtungsleitlinien	264
1. Missbrauch (Anlage 4 zur FeV, Ziffer 8.1)	264
2. Abhängigkeit (Anlage 4 zur FeV, Ziffer 8.3)	264
V. Wiederherstellung der Eignung	265
1. Bei Missbrauch	265
2. Bei Abhängigkeit	266
VI. Musterschriftsatz	266
D. Die Wiederherstellung der Eignung nach vorangegangener Entziehung auf- grund Drogenproblematik	267
I. Die verstärkte Drogenproblematik	267
II. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	268
1. Mögliche Verdachtsmomente auf Medikamenten- oder Drogen- einfluss	268
2. Maßnahmen bei Verdacht	268
3. Mögliche Maßnahmen der Polizei	269

III. Beurteilung der „Eignung“ und der „Ungeeignetheit“ nach FeV und Begutachtungs-Leitlinien	269
IV. Die Beurteilung der „Eignung“ bei Drogenkonsum in der Rechtsprechung	269
V. Möglichkeiten der Wiederherstellung der Eignung bei Drogenkonsum	271
1. Die Problemstellung	271
2. Prognose der Ungeeignetheit	271
3. Therapie und Therapieerfolg	272
VI. Musterschriftsatz	272
E. Wiederherstellung der Eignung nach vorangegangener Entziehung der Fahrerlaubnis auf Probe	273
I. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	273
II. Mustertext: Anschreiben an Mandanten zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	274
F. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach vorangegangener Entziehung aufgrund Punktesystem	274
I. Sperrfrist von sechs Monaten	275
II. Beibringung eines Gutachtens einer amtlich anerkannten Begutachtungsstelle für Fahreignung (BfF)	275
III. Speziell: bei Nichtteilnahme am Aufbauseminar	275
IV. Neuerteilung der Fahrerlaubnis im Wege der einstweiligen Anordnung	275
V. Mustertext: Anschreiben an Mandanten zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	276
G. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung wegen allgemeiner Straftat	276
H. Die „Befähigung“ als weitere Voraussetzung für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	277
I. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	277
II. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	277
I. Fragen der Beweislast im Verfahren zur Eignungsprüfung sowie Beweiswürdigung	278
I. Beweislast im Verfahren zur Eignungsprüfung	278
II. Beweiswürdigung	279
1. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	279
2. Beweiswürdigung und „Prognose“	279
a) Feststellung der Rückfallwahrscheinlichkeit	279
b) Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit	280
J. Beratung, speziell Therapien und Vorbereitung auf Begutachtung	280
I. Frühzeitige Darstellung der Problematik	280

1. Konfrontation mit den Folgen des Verlustes der Fahrerlaubnis ...	280
2. Die notwendige Beratung	281
3. Information und Belehrung für Betroffene	281
4. Die Nutzung der Zeit ab – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	283
II. Vorbereitung auf Begutachtung für Fahreignung (BfF)	283
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	283
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die BfF	284
a) Erkrankungen und Mängel, die die Eignung beeinträchtigen ..	284
b) Vorbereitende ärztliche Untersuchung	284
c) Beratung durch Psychologen	285
3. Spezielle Vorbereitungskurse	285
4. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	285
a) Vor der MPU	285
b) Das richtige Verhalten während der Begutachtung	286
5. Information über den Ablauf der Begutachtung	286
a) Informationsbedürfnis des Betroffenen	286
b) Die medizinische Untersuchung	287
c) Untersuchung durch den Psychologen	287
d) Leistungstests, Gerätetests	288
e) Prüfung des theoretischen Verkehrswissens	288
6. Beratung bei für den Mandanten negativem Ergebnis der Begutachtung	288
a) (Keine) Weitergabe des Gutachtens an die Fahrerlaubnisbehörde	288
b) Folgerungen aus für den Mandanten negativem Gutachten	288
7. Beratung und Pflicht zur Verschwiegenheit	289
K. Nutzen von schriftlichen Mandanteninformationen	290
§ 10 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	291
A. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsmittelverfahrens	291
I. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens – Begutachtung für Fahreignung (BfF)	291
II. Ziel: Beschleunigung des Verfahrens	292
III. Erörterung mit Fahrerlaubnisbehörde	292
IV. Dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen	292
B. Die einzelnen Rechtsmittel	293
I. Grundsätzliches	293
1. Möglichkeit des Widerspruchs und der Klage	293

2. Spezielle Einzelfälle	293
a) Anfechtung der Veranlassung der Eintragung	293
b) Anfechtung der Eintragung	293
c) Das Löschungsverlangen	294
II. Der Widerspruch	294
III. Anfechtungsklage	295
1. Form und Frist	295
2. Verfahrensgrundsätze	295
3. Die Anfechtungsklage im Einzelnen	296
4. Musterklage	297
a) Anfechtungsklage vor dem VG wegen angeordneter unzulässiger – medizinisch-psychologischer – Doppelbegutachtung ..	297
b) Anfechtungsklage vor VG bei Anordnung theoretischer Befähigungsprüfung nach Entziehung der Fahrerlaubnis	299
IV. Verpflichtungsklage/Untätigkeitsklage	300
V. Vorbeugende Feststellungsklage	300
VI. Vorgehen gegen Anordnung der sofortigen Vollziehung	301
1. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	301
a) Widerspruch und aufschiebende Wirkung	301
b) Die Anordnung der sofortigen Vollziehung in der Praxis	301
2. Die gerichtliche Prüfung und Aussetzung der sofortigen Vollziehung	302
a) Das Antragsverfahren	302
b) Die Begründung des Aussetzungsantrages	302
3. Fahrerlaubnis auf Probe	303
4. Musterantrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung	304
VII. Beschwerde	306
VIII. Berufung	306
IX. Revision/Sprungrevision	306
X. Verfassungsbeschwerde	307
1. Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde	307
2. Möglichkeit der einstweiligen Anordnung durch Bundesverfassungsgericht	307
XI. Wiedereinsetzung	307
1. Wiedereinsetzung im Verwaltungsverfahren	307
2. Wiedereinsetzung im gerichtlichen Verfahren	308
3. Anfechtung der Wiedereinsetzungsentscheidung	308
XII. Übersicht über Rechtsbehelfsfristen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	309
C. Gegenstandswert	312

§ 11 Beteiligung von Rechtsschutz beim	
Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen	313
A. Der Versicherungsschutz	313
I. Allgemeines	313
II. Die Regelungen in den ARB	314
1. ARB 75	314
2. ARB 94	314
3. ARB 2000	314
4. ARB 2008	315
5. ARB 2010	315
6. ARB 2012	315
B. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	315
I. Fallgestaltungen	316
II. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltungs-Rechtsschutz	316
C. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	317
I. Vorliegen eines Versicherungsfalles	317
1. Versicherungsfall beim Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrs- sachen	317
2. Besondere Fallgestaltung: Rechtsschutz zum Recht der Fahr- erlaubnis/Maßnahmen nach Punktesystem	317
II. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungs- gericht	318
III. Rechtsschutzdeckung in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten im Allgemeinen	318
IV. Wartezeit und fehlender Risikoausschluss	319
D. Leistungsumfang	319
I. Leistungsumfang nach ARB	319
II. Kosten bei Selbstvertretung eines Anwaltes	319
III. Beachtung des Quotenvorrechtes	320
IV. Rechtsanwaltsvergütung für Einholung der Rechtsschutzdeckung ...	320
1. Beispiel für eine Vergütungsabrede	321
2. Zweiter Rechtsanwalt	323
V. Kosten/Gebühren für die Medizinisch-Psychologische Unter- suchung (MPU)	323
E. Ablehnung des Versicherungsschutzes wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit/Schiedsgutachter	325
F. Musterkorrespondenz zur Meldung Rechtsschutzfall im Verwaltungsrechts- schutz in Verkehrssachen	326
I. Muster: Meldung Rechtsschutzfall im Verwaltungsrechtsschutz in Verkehrssachen	326
II. Hinweise zur Meldung	327

III. Hinweise zur Abrechnung	328
IV. Hinweise zum Anwaltsregress und Rechtsschutzversicherung	328
§ 12 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe .	331
A. Kosten	331
B. Gebühren der Fahrerlaubnisbehörde	332
C. Rechtsanwaltsvergütung	332
I. Beratung	333
1. Die gesetzliche Vergütung	333
2. Vergütungsvereinbarung	334
II. Außergerichtliche Gebühren im Verfahren	334
1. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	334
2. Höhe der Gebühr	335
3. Toleranzgrenze	336
4. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2301 VV-RVG	337
5. Höhe der Gebühr	337
6. Toleranzgrenze	338
7. Die Anrechnungsvorschriften	338
8. Die Erledigungsgebühr	338
9. Auslagen des 7. Teils des VV-RVG	339
a) Die Pauschale für Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	339
b) Die Dokumentenpauschale	339
c) Reisekosten	339
d) Umsatzsteuer	340
III. Gebühren-/Auslagenerstattung	340
IV. Die Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	340
1. Gesetzliche Grundlage	340
2. Die Gebühren im Prozess	341
a) Die Verfahrensgebühr	341
b) Die Terminsgebühr	341
c) Die Einigungsgebühr Nr. 1000, 1003 VV-RVG sowie Erledigungsgebühr gemäß Nr. 1002, 1003 VV-RVG	341
3. Die Auslagen	341
D. Gegenstandswert	342
I. Allgemeines/Grundlagen	342
II. Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, speziell zum Bereich Verkehrsrecht	342
1. Vorbemerkungen	342
2. Richtwert zum Verkehrsrecht (Ziff. 46 des Streitwertkataloges) ..	343
E. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	343
I. Allgemeines	343

II. Beratungshilfe	345
III. Prozesskostenhilfe	347
2. Teil: Beratung und Vertretung bei Führerscheinmaßnahmen im Straf- und OWI-Verfahren	349
§ 13 Die richtige Verteidigungsstrategie	349
A. Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	349
I. Die Bedeutung der Fahrerlaubnis für den Mandanten/Betroffenen ..	349
II. Gang des Verfahrens	350
III. Rechtsgrundlagen	352
IV. Verständigung im Strafverfahren seit 1.9.2009 – hier BVerfG vom 19.3.2013 – BvR 2628/10 und 2155/10	353
1. Einführung	354
2. Absprachen in Verkehrsstrafsachen	355
3. Aktuelle Untersuchung	357
4. Entscheidungsübersicht	358
V. Versicherungsrechtliche Konsequenzen bei vorgeworfener Straftat gegenüber dem Fahrer	359
VI. Schadenrechtliche Konsequenzen bei vorliegender Straftat gegen- über dem Fahrer	359
VII. Verwaltungsrechtliche Konsequenzen bei vorgeworfener Straftat ge- genüber dem Fahrer	360
VIII. Verteidigungshinweise bei Drogen	363
B. Checkliste: Annahme des Mandates	365
C. Aktive Verteidigung/Prozesstaktik	367
I. Teilhabe durch Akteneinsicht	367
II. Recht auf ein faires Verfahren und Achtung der Verteidigungsrechte.	368
III. Recht auf Prüfung der Zulässigkeit der Beweismittel	368
1. Informationserhebungsrecht	369
2. Akteneinsicht in Kanzleiräumen, BVerfG vom 14.9.2011 – 2 BvR 449/11	371
3. Prozessuale Konsequenzen	371
D. Beweisverwertungsverbote	373
I. Einleitung	373
II. Gesetzlich normierte Regelungen	374
III. Beweisverwertungsverbote im Verkehrsrecht	375
IV. Beispiel für Widerspruchserfordernis, BGH vom 9.3.2010 – 4 StR 606/09	376
V. Zeitpunkt und Form	377
VI. Muster	379

E. Problemstellung	381
I. Die unterschiedlichen Fallgestaltungen	381
1. Allgemeines	381
2. Der Katalog der Gesetzesbestimmungen mit in der Regel vorliegender Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	381
3. Rechtliche Aspekte zu den Tatbeständen des § 69 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 StGB	382
4. Wichtig: Information des Mandanten über den Gang des Verfahrens	382
II. Speziell: Unfallflucht und tätige Reue	383
1. Unerlaubtes „Sich-Entfernen“ vom Unfallort	383
2. Die „tätige Reue“	384
3. Entwicklung der Rechtsprechung zur Höhe des „bedeutenden Schadens“ im Sinne des § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB	384
4. Notwendiges Handeln des Verteidigers	385
III. Verteidigungsbeispiel bei gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr	391
F. Das richtige Vorgehen	393
I. Allgemeine Aspekte	393
1. Ziel der Verteidigung: die Fahrerlaubnis behalten und/oder wieder erhalten	393
2. Möglichkeiten und Ziel der Verteidigungsstrategie	394
II. Die Möglichkeit der Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis ...	394
G. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis für bestimmte Kraftfahrzeuge ...	394
H. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	395
 § 14 Entzug der Fahrerlaubnis im Strafverfahren	 397
A. Rechtliche Grundlagen der Entziehung der Fahrerlaubnis	397
I. Rechtsnatur	397
II. Zweck der Maßregel	397
III. Die Regelentziehung gem. § 69 Abs. 2 StGB	397
IV. Die Sperre für die Erteilung einer Fahrerlaubnis (§ 69a StGB)	398
V. Führerscheinmaßnahmen und internationaler Kraftfahrzeugverkehr .	398
VI. Verfahrensfragen	398
B. Checkliste zur Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	399
C. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	400
I. Rechtsgrundlagen	400
1. Gesetzliche Grundlagen	400
2. Polizeiliche Anordnung der Entnahme einer Blutprobe und Verwertungsverbot	401
3. Das Gebot rechtlichen Gehörs	402

II.	Voraussetzungen für die Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	402
1.	Allgemeine Anforderungen	402
2.	Vorläufige Entziehung nach Alkoholgenuß	403
3.	Vorläufige Entziehung bei Drogenkonsum	403
III.	Verhältnismäßigkeit der vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis ..	404
IV.	Wirksamkeit und Rechtsfolgen der vorläufigen Entziehung	404
V.	Mögliche Aufhebung der Maßnahme gemäß § 111a Abs. 2 StPO	405
VI.	Ausnahmen für bestimmte Kraftfahrzeuge	405
D.	Entzug der Fahrerlaubnis gem. § 69 StGB	407
I.	Rechtsgrundlage	407
II.	Mögliche prozessuale Verfahren	407
III.	Voraussetzungen der Entziehung der Fahrerlaubnis	408
1.	Führen eines Kraftfahrzeuges	408
2.	Notwendiger Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahr- zeuges	409
3.	Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers	409
4.	Verurteilung oder Nichtverurteilung wegen möglicher Schuld- unfähigkeit	410
5.	Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	410
6.	Speziell: Entzug der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer sowie bei Ta- ten der allgemeinen Kriminalität	411
a)	Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	411
b)	Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Krimina- lität	411
IV.	Die Tatbestände der Regelvermutung der Ungeeignetheit gem. § 69 Abs. 2 StGB	412
1.	Gefährdung des Straßenverkehrs gem. § 315c StGB	412
2.	Trunkenheit im Verkehr gem. § 316 StGB	413
3.	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	414
4.	Vollrausch gem. § 323a StGB	414
V.	Die gebotene Verteidigungsstrategie	414
VI.	Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre für die Neuerteilung	415
1.	Möglichkeit der Ausnahme von der Sperre	415
2.	Beispiele für Ausnahme vom Entzug der Fahrerlaubnis	415
3.	Antrag auf Ausnahme	416
VII.	Sperrfrist für die Neuerteilung	417
1.	Gesetzliche Regelung	417
2.	Die Dauer der Sperrfrist	418
3.	Anrechnung der Dauer vorläufiger Entziehung	418
4.	„Isolierte Sperrfrist“	418

E. Austausch von Führerscheinmaßnahmen	419
F. Einstellung gem. § 153a StPO unter Auflagen	419
G. Abkürzung der Sperrfrist gem. § 69a Abs. 7 StGB	420
I. Die Erstellung des Gutachtens	420
II. Die vorzeitige Aufhebung der Sperre gem. § 69a Abs. 7 Satz 2 StGB	420
H. Verzicht auf Fahrerlaubnis	422
§ 15 Das Fahrverbot	423
A. Das Fahrverbot gem. § 44 StGB	423
I. Rechtsnatur	423
II. Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbotes	423
1. Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe	423
2. Regelfälle des § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	424
3. Dauer des Fahrverbotes	424
4. Vollstreckung	425
III. Verfahren zur Verhängung eines Fahrverbotes gem. § 44 StGB	425
1. Verfahrensarten	425
2. Hinweispflicht nach § 265 StPO	426
B. Das Fahrverbot gem. § 25 StVG	426
I. Rechtsnatur des Fahrverbotes	426
II. Voraussetzungen des Fahrverbots	427
III. Ausnahmen vom Fahrverbot und Kompensation des Fahrverbots durch Erhöhung des Tagessatzes	428
IV. Fahrverbot bei Verurteilung gem. § 24a StVG wegen Alkohol und berauschender Mittel	428
V. Wirksamkeit, Dauer und Vollstreckung des Fahrverbotes	429
1. Wirksamkeit	429
2. Dauer	429
3. Vollstreckung	430
C. Fahrverbot und Bußgeld-Katalog-Verordnung (BKatV)	430
I. Gesetzliche Grundlage	430
II. Die Regelfälle der BKatV	431
III. Voraussetzungen der Zulässigkeit eines Fahrverbotes	431
IV. Einzelfälle zur Verhängung eines Fahrverbotes	432
1. Führen eines Kraftfahrzeuges unter Alkohol- und Rauschmittel- einwirkung (§ 24a StVG)	432
2. Geschwindigkeitsüberschreitung	433
3. Qualifizierter Rotlichtverstoß	433
D. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	434
E. Übersicht über Rechtsprechung und Absehen vom Fahrverbot	435
I. Ausnahmen vom Fahrverbot bei Geschwindigkeitsüberschreitung ..	436
II. Bei Rotlichtverstoß	437

III. Spezielle Umstände	438
IV. Berufliche Härte und Nachteile/Härtefall, speziell Einsatzfahrzeuge	439
V. Drohender Arbeitsplatzverlust	439
VI. Fahrverbot und Aufbauseminar	440
VII. Regelfahrverbot, günstige Prognose	440
VIII. Lange Dauer des Verfahrens	441
IX. Grobes Fehlverhalten	441
X. Einmaliges Versagen, Augenblicksversagen	441
XI. Abkürzung Fahrverbot und ein Fahrverbot bei wiederholten Verstößen	442
XII. Fahrverbot und Aufbauseminar	443
F. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	444
G. Notwendige Feststellungen im Urteil	445
H. Vollstreckung des Fahrverbotes	446
I. Allgemeines	446
II. Vollstreckung innerhalb einer 4-Monatsfrist	447
§ 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren bei Entzug der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	449
A. Rechtsmittel gegen vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	449
I. Rechtsmittel gegen die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	449
II. Nicht gewährtes rechtliches Gehör	450
III. Ablehnung von beantragten Ausnahmen	450
IV. Chancen und Nachteile einer Beschwerde	451
B. Entziehung der Fahrerlaubnis: prozessuale Fragen	451
C. Rechtsmittel gegen Entzug der Fahrerlaubnis im Strafbefehl oder durch Urteil	452
I. Einspruch gegen Strafbefehl	452
1. Form, Frist und mögliche Rücknahme sowie Beschränkung	452
2. Das Verfahren nach rechtzeitigem Einspruch gemäß § 411 Abs. 1 S. 2 StPO	454
II. Speziell: Rechtsmittel gegen Ablehnung der Abkürzung der Sperrfrist	455
D. Rechtsmittel bei einem Fahrverbot gem. § 44 StGB	455
E. Die Berufung	456
I. Einlegung	456
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	457
III. Berufungsbegründung	458
IV. Beschränkung der Berufung	458
V. Das Berufungsverfahren	459

F. Revision und Sprungrevision	459
I. Revision	459
II. Sprungrevision	459
III. Revisionsbegründung	460
IV. Beschränkung der Revision, speziell auf Entziehung der Fahrerlaubnis	461
1. Der Umfang der Anfechtung des Urteils durch Revision	461
2. Speziell: Revision und Entzug der Fahrerlaubnis gem. § 111a StPO	462
G. Übersicht über Rechtsbehelfsfristen im Strafrecht	462
H. Rechtsmittel im Bußgeldverfahren	465
I. Der Einspruch	465
1. Allgemeines, Frist und Form	465
a) Allgemeines	465
b) Frist	465
c) Form	465
2. Mögliche Beschränkung	466
II. Rechtsbeschwerde	467
1. Zulässigkeit	467
2. Form und Frist	468
I. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	470
J. Übersicht Fristen im OWi-Verfahren	471
 § 17 Entschädigung im strafgerichtlichen Fahrerlaubnisverfahren	 473
A. Entschädigung	473
B. Ausnahmen von der Entschädigungspflicht	473
C. Umfang der Entschädigung	474
D. Entschädigungsverfahren	475
 § 18 Kosten und Anwaltsvergütung im Straf- und OWi-Verfahren einschließlich Beratungs- und Prozesskostenhilfe sowie Vergütungsvereinbarung	 477
A. Die Verteidigervergütung im Straf- und OWi-Verfahren	477
I. Die Verteidigervergütung	477
II. Das System der Regelung der Verteidigervergütung	477
1. Die Gebührentatbestände	477
2. Das System der Gebühren	478
a) Strafsachen	479
b) Bußgeldsachen	479
c) Übergang eines Strafverfahrens in ein Bußgeldverfahren	480

d) Die Ermittlung der Gebührenhöhe	481
B. Die gesetzliche Vergütung des Wahlverteidigers in Verkehrsstrafsachen im Einzelnen	482
I. Gebühren bei Verteidigung im vorbereitenden Verfahren	482
1. Allgemeine Gebühren	482
a) Die Grundgebühr	482
b) Die Terminsgebühr	483
2. Vorbereitendes Verfahren	484
II. Gebühren bei Verteidigung im gerichtlichen Verfahren	484
1. Allgemeines	484
2. Die Gebühren	485
a) Die Grundgebühr	485
b) Verfahrensgebühr	485
c) Terminsgebühr	485
III. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im vorbereitenden und gerichtlichen Verfahren sowie Einzeltätigkeiten	486
1. Allgemeines	486
2. Die Zusatzgebühr	486
a) Verhältnis von Nr. 4141 VV-RVG zu Nr. 4147 VV-RVG	489
b) Rücknahmezeitpunkt	489
c) Befriedungsgebühren nach Nr. 4141 VV-RVG bei Berufungsrücknahme	491
d) Anfall der Befriedungsgebühr in der Hauptverhandlung oder bei Aussetzung bzw. Unterbrechung einer Hauptverhandlung ..	491
e) Befriedungsgebühr im Strafbefehlsverfahren nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO und im Rahmen einer verfahrensbeendenden Absprache nach § 257c StPO	492
3. Einzeltätigkeiten	493
4. Auslagen	493
a) Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen ..	493
b) Die Dokumentenpauschale	493
c) Reisekosten	494
d) Die Umsatzsteuer	494
e) Aktenversendungspauschale	495
IV. Spezielle Aspekte bei Maßnahmen zur Fahrerlaubnis im Ermittlungs- und Strafverfahren	495
C. Die Vergütung im verkehrsrechtlichen Bußgeldverfahren	495
I. Allgemeines	495
II. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde.	496
1. Allgemeine Gebühr	496
2. Gebühren im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde	497
a) Die Verfahrensgebühr	497

b) Die Terminsgebühr	497
III. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor dem Amtsgericht	497
1. Allgemeines	497
2. Die Gebühren	497
a) Die Grundgebühr	498
b) Verfahrensgebühr	498
c) Terminsgebühr	498
3. Die Bemessung der Gebühren in Verkehrsordnungswidrigkeiten ..	499
a) Grundsätzliches	499
b) Rechtsprechungsübersicht	499
IV. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im Verfahren vor der Verwal-	
tungsbehörde und dem Amtsgericht sowie Einzeltätigkeiten	499
1. Allgemeines	499
2. Die Zusatzgebühr	500
3. Einzeltätigkeiten	500
4. Auslagen	500
D. Besonderheiten beim Übergang vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungs-	
verfahren in das Bußgeldverfahren	500
E. Die Gebührenhöhe und deren Bestimmung	501
I. Die Gebührenhöhe, differenziert nach Art des Gerichtes	501
II. Die Bestimmung der Gebühren nach den Kriterien gemäß § 14 RVG	502
1. Die Bemessungskriterien für die Gebührenhöhe gemäß	
§ 14 RVG	502
2. Die Bemessungskriterien nach § 14 Abs. 1 RVG im Einzelnen ...	502
III. Besondere Aspekte bei Fahrverbot	504
IV. Vergütung bei vorläufiger Entziehung der Fahrerlaubnis gem.	
§ 111a StPO	504
V. Vergütung bei Antrag auf vorzeitige Aufhebung der Sperre	504
F. Beachtung besonderer Gebührentatbestände	505
I. Die Auskunftsgebühr	505
II. Gebühren für Gnadenantrag und Antrag auf Zahlungserleichterung ..	505
III. Gebühr bei Vertretung anderweitig beteiligter Personen	505
IV. Feststellung einer Pauschgebühr	506
G. Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	506
H. Die Vergütungsvereinbarung	507
I. Zu beachtende Aspekte	508
1. Allgemeine Grundsätze	508
2. Das „Mäßigungsgebot“	509
II. Vergütungsvereinbarung und Rechtsschutz	509
I. Vereinbarung zwischen Anwälten	510

§ 19 Die Beteiligung von Rechtsschutz	511
A. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen (ARB 94/ARB 2000, 2008 und 2012), speziell im Verkehrsrecht	511
I. Die Bedeutung der Rechtsschutzversicherung im Straßenverkehrsrecht	511
II. Verkehrsrecht und Rechtsschutz	515
1. Die Beteiligung von Rechtsschutz	515
2. Die Fassung der ARB 94 bis 2010	515
3. Regelungen zum Leistungsumfang im Bereich des Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutzes	515
III. Der Verkehrs-Rechtsschutz gem. § 21 ARB	516
1. Allgemeines	516
2. Personenbezogener und fahrzeugbezogener Verkehrs-Rechtsschutz	516
a) Personenbezogener Verkehrs-Rechtsschutz	516
b) Fahrzeugbezogener Verkehrs-Rechtsschutz gem. § 21 Abs. 3 ARB 94 bis 2010	516
3. Leistungsarten gem. § 21 Abs. 4 ARB 94 bis 2010	517
4. 3-Monatsfrist nach Abschluss der Rechtsschutzversicherung	517
5. Tatbestände zur Einschränkung und zum Ausschluss des Rechtsschutzes	517
IV. Übersichten über die Rechtsschutzdeckung auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts	519
1. § 21 Abs. 1 ARB 2000 – Verkehrs-Rechtsschutz	520
2. § 21 Abs. 3 ARB 2000 – Fahrzeug-Rechtsschutz	521
3. § 22 ARB 2000 – Fahrer-Rechtsschutz	522
V. Checkliste zur Prüfung der Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung in Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechtes	523
B. Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	526
I. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrechtlichen Straftaten	526
II. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten	528
III. Umfang der Rechtsschutzgewährung	529
IV. Ersatz der Verteidigervergütung	531
1. Erstattung der gesetzlichen Gebühren	531
2. Erstattung der Gebühren bei nur teilweiser Eintrittspflicht	531
3. Fälligkeit der Versicherungsleistung	532

V.	Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	533
1.	Straf- und OWi-Verfahren	534
a)	Im Rahmen der Verteidigung in einem Straf- und OWi-Verfahren	534
b)	Keine Kostendeckung für Gutachten in anderen, speziell zivilrechtlichen Angelegenheiten	534
2.	Gutachten muss erforderlich sein	535
3.	Der zu beauftragende Sachverständige/die Sachverständigenorganisation	535
a)	Gutachten eines öffentlich bestellten technischen Sachverständigen	535
b)	Gutachten einer rechtsfähigen technischen Sachverständigenorganisation	536
VI.	Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	536
C.	Beachtung der Ausschlussklauseln	537
I.	Rechtsschutz bei Vorsatztat	538
II.	Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	539
III.	Evtl. Ausschluss bei Halterhaftung	539
D.	Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	539
I.	Die Regelungen zu den Obliegenheiten	539
II.	Vorsätzliche Verkehrsstraftat	542
E.	Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	542
I.	Im Nebenklageverfahren	542
II.	Im Adhäsionsverfahren	542
III.	Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	542
IV.	Übersicht	543
F.	Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	543
I.	Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	543
1.	Allgemeines	543
2.	Begriff der „Mutwilligkeit“	543
3.	„Missverhältnis“ zwischen Geldbuße und Verteidigungskosten ..	544
II.	Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	544
1.	Vorgehen der Versicherung	544
2.	Handeln des VN	545
3.	Einleitung Schiedsgutachterverfahren	545
4.	Stichentscheid	545
G.	Vergütungsvereinbarung mit Rechtsschutzversicherung	545
I.	Vergütungsvereinbarungen in der Praxis	545
II.	Muster: Vergütungsvereinbarung mit Rechtsschutzversicherung	546

§ 20 Die Medizinisch-Psychologische Untersuchung 549

A. Zur interdisziplinären fachlichen Basis der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung	549
B. Stellung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung im Fahrerlaubniswesen	551
C. Untersuchungsgrundlagen	556
I. Begutachtungs-Leitlinien zur Kraftfahreignung	556
II. Beurteilungskriterien	557
III. Weitere Grundlagen	557
D. Untersuchungsablauf	558
I. Psychologische Begutachtung	558
1. Fragestellung und Untersuchungsumfang	558
2. Psychologisches Untersuchungsgespräch	559
3. Sonstige psychologische Untersuchungsmethoden	562
4. Datenschutz und -speicherung	563
II. Medizinische Untersuchung	564
1. Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Blut	565
2. Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Urin	565
3. Nachweisbarkeit von Suchtstoffen im Haar	567
III. Testverfahren	568
1. Psychophysische Testverfahren	569
2. Persönlichkeitsdiagnostische Testverfahren	569
3. Mobilitätsrecht vs. Verkehrssicherheit	570
4. Gutachtenausgang	572
E. Notwendigkeit und Funktion Medizinisch-Psychologischer Untersuchungen ..	573
I. Zielgruppen und Rückfallrisiko	573
II. Untersuchungsanlässe	575
1. Alkohol	577
2. Drogen	587
3. Verkehrsrechtliche Verstöße	593
F. Wiederherstellung der Kraftfahreignung	600
I. Kurse zur Wiederherstellung der Kraftfahreignung	601
II. Beratungen	602
G. Beitrag von MPU und Kursen nach § 70 FeV zur Verkehrssicherheit	604
I. Wirksamkeit der MPU	605
II. Wirksamkeit der Kurse nach § 70 FeV	607
H. Image der MPU	609
I. Ausblick	611
J. Abbildungsverzeichnis	613
K. Tabellenverzeichnis	613

Anhang	615
A. Mandanteninformation: Fahrerlaubnis erhalten, behalten und „wieder“ erhalten	615
B. Arbeitshilfe: Führerscheinbeschlagnahme bei Alkohol- und Drogendelikten im Straßenverkehr	625
I. Rechtsgrundlagen – inländische/ausländische Führerscheine	625
II. Gefahr im Verzug	626
III. Dringende Gründe für die Annahme, dass die Fahrerlaubnis wegen Ungeeignetheit entzogen wird	626
IV. Führerscheinmaßnahmen gegen den Fahrer bei alkohol- oder drogenbedingten Straftaten	627
V. Führerscheinmaßnahmen gegen Kraftfahrzeughalter oder Mitfahrer bei alkohol- oder drogenbedingten Straftaten	627
VI. Führerscheinbeschlagnahme bei Ordnungswidrigkeiten nach § 24a StVG?	628
VII. Weiterer Verfahrensablauf bei Führerscheinbeschlagnahme	628
VIII. Rechtsmittel gegen die Führerscheinbeschlagnahme	629
IX. Checkliste bzw. Musterschriftsatz: Führerscheinherausgabe trotz oder ohne Beschluss gemäß § 111a StPO	629
C. Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung – FeV)	630
I. Allgemeine Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr	630
II. Führen von Kraftfahrzeugen	631
1. Allgemeine Regelungen	631
2. Voraussetzungen für die Erteilung einer Fahrerlaubnis	638
3. Verfahren bei der Erteilung einer Fahrerlaubnis	654
4. Sonderbestimmungen für das Führen von Dienstfahrzeugen	659
5. Sonderbestimmungen für Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse	661
6. Fahrerlaubnis auf Probe	668
7. Fahreignungs-Bewertungssystem	672
8. Entziehung oder Beschränkung der Fahrerlaubnis, Anordnung von Auflagen	677
9. Sonderbestimmungen für das Führen von Taxen, Mietwagen und Krankenkraftwagen sowie von Personenkraftwagen im Linienverkehr und bei gewerbsmäßigen Ausflugsfahrten und Ferientziel-Reisen	679
10. Begleitetes Fahren ab 17 Jahre	681
III. Register	683
1. Zentrales Fahrerlaubnisregister und örtliche Fahrerlaubnisregister	683
2. Fahreignungsregister	691

IV. Anerkennung und Begutachtung für bestimmte Aufgaben	699
V. Durchführungs-, Bußgeld-, Übergangs- und Schlussvorschriften	706
D. Muster des freiwilligen Gesundheitsfragebogens zur Antragstellung	861
E. Begutachtungs-Leitlinien zur Kraftfahreignung (Auszug)	862
F. Beurteilungskriterien (Auszug)	873
G. Übersicht der Fragestellungen für die Begutachtung der Fahreignung	875
H. Übersicht über die von anerkannten Trägern angebotenen Kurse zur Wiederherstellung der Fahreignung nach § 70 FeV, zur Sperrfristverkürzung und zur MPU-Vorbereitung	881
I. Informationen zur MPU	882
J. Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr – GebOST (Auszug) ...	883
K. Liste aktuell akkreditierter Träger von amtlich anerkannten Begutachtungsstellen für Fahreignung	885
Stichwortverzeichnis	889